



# POLITISCHE BILDUNG IN SACHSEN

POSITIONSPAPIER DER SPD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG

14. JUNI 2017

## - ENTWURF -

Unsere Demokratie ist eine Erfolgsgeschichte. Vor 27 Jahren haben Menschen in Sachsen in einer friedlichen Revolution ihre Freiheit und die Demokratie für unseren Freistaat erkämpft. Auch heute engagieren sich viele Sachsen für unsere demokratische Gesellschaft und deren Zusammenhalt. Dennoch beobachten wir **starke Tendenzen der Entfremdung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und unserem demokratischen Rechtsstaat**. Politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse sind durch Globalisierung und Europäisierung nicht nur komplizierter geworden, sondern auch schwieriger zu verstehen. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass politische Bildung ausgebaut und gestärkt werden muss.

**Gleichzeitig sind Freiheit und Demokratie nicht prinzipiell von Dauer. Sie müssen verteidigt, entwickelt und auch immer wieder neu gelernt sowie belebt werden.**

Gerade der Sachsen-Monitor hat neben viel Unzufriedenheit eine erhebliche Zustimmung zu menschenfeindlichen, rechtsradikalen oder sogar neofaschistischen Einstellungen gemessen.

Dies zeigt einen dringenden Handlungsbedarf für die politische Bildung in Sachsen auf. Erste Schritte zur Stärkung der politischen Bildung hat die Koalition aus CDU und SPD bereits vorangebracht, zum Beispiel die Erhöhung der Mittel für die Erwachsenenbildung, der Ausbau des Programms „Weltoffenes Sachsen“ oder die Stärkung der gesellschaftspolitischen Aspekte bei der Polizeiausbildung. Außerdem begrüßen wir die „Qualitätsoffensive“ zur politischen Bildung sowie die Berufung eines Expertengremiums durch das Sächsische Staatsministerium für Kultus.

Dieser Weg muss entschieden fortgesetzt werden. Es ist eine gemeinsame Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten, die politische Bildung zu stärken. Wir verstehen dabei politische Bildung als umfassenden Begriff, der sich nicht allein auf ein klar abgegrenztes Fach in der Schule bezieht, sondern als bildungspolitisches Handlungsfeld, das auf die Vermittlung selbstbestimmter

politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit abzielt. Politische Bildung ist eben nicht nur ein Angebot für eine interessierte Öffentlichkeit, die Aufgabe einzelner Institutionen politischer Bildung, Inhalt eines Schulfachs, Aufgabe eines Förderprogramms oder Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien. **Politische Bildung ist eine Querschnittsaufgabe.** Es geht dabei genauso um die Beteiligung an Wahlen, wie um die Mitbestimmung im Betrieb. Es geht um faktisches Wissen über die Institutionen und Prozesse einer Demokratie, wie um die Erfahrung selber aktiver Teil demokratischer Meinungsbildung zu sein. Die Vermittlung demokratischer Werte und die Kompetenz das Recht seine Meinung und seine Interessen selbstbestimmt in unserer Demokratie vertreten zu können und dabei gleichzeitig die Rechte anderer zu respektieren und zu wahren, ist ein zentraler Baustein zur Stärkung unserer Demokratie und der Freiheit der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Sachsen.

Mit diesem Positionspapier will die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag Vorschläge und Forderungen zur Reform der politischen Bildung vorlegen.

## **1. POLITISCHE BILDUNG FÜR SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER AUSBAUEN**

- Demokratische Bildung muss in Sachsen **früher, verpflichtend** und **mit mehr Unterrichtsstunden** stattfinden. Dabei geht es nicht nur und vorrangig um das Verständnis politischer Institutionen und Verfahren, sondern vielmehr um die Vermittlung selbstbestimmter politischer Urteils- und Handlungsfähigkeiten, Wertevermittlung, mediale Orientierungsfähigkeit und soziale wie kommunikative Fähigkeiten.
- Das Thema muss verpflichtend schon in der **Grundschule** und im Kindergarten in Form **von spielerischen Übungen zu Toleranz, Konfliktlösung und Empathie** in den Lehr- oder Bildungsplan aufgenommen werden.
- Wir fordern **Gemeinschaftskunde als verpflichtendes Unterrichtsfach ab der 5. Klasse.** Modellprojekte, Freiwilligkeit und eine „Zuständigkeit der ganzen Schule“ allein helfen nicht weiter. Politische Bildung muss stärker in die Regelstrukturen von Schule eingebunden werden, um so auch eine altersgerechte Aufarbeitung zu finden.
- Das bedeutet auch **Veränderungen der Stundentafel** zu Gunsten von Gemeinschaftskunde. In den **Ober- und Berufsschulen müssen dringend die**

**Lehrpläne** angepasst werden, um mehr Platz für politische Fragestellungen im Unterricht zu schaffen, weil dort ökonomische Fragen bislang deutlich im Vordergrund stehen. Diese Lehrplanüberarbeitung ist auch für das Gymnasium erforderlich. Um das **gesellschaftswissenschaftliche Themenfeld** mit den Fächern Gemeinschaftskunde, aber auch Geschichte und Geografie **in der gymnasialen Oberstufe zu stärken**, sind die Ersetzungsoptionen zu überarbeiten. Ein Grundkurs in einem gesellschaftswissenschaftlichen Fach soll künftig nicht durch ein naturwissenschaftliches Fach ersetzt werden können. Wir wollen die **Einführung eines Leistungskurs GRW** möglich machen. Zudem ist die Eigenständigkeit des Faches „Gemeinschaftskunde“ am beruflichen Gymnasium sowie den berufsbildenden Schulen zu stärken.

- Bei der **Überarbeitung der Lehrpläne aller Fächer** sollen **Methoden** u. a. **aus Rhetorik-Wettbewerben stärker berücksichtigt werden und im Unterricht Anwendung** finden, nicht nur für rhetorisch begabte Schülerinnen und Schüler. Wenn etwa Positionen in Debatten ausgelost werden, müssen sich die Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Positionen auseinandersetzen. Thesen sowie Pro- und Contra-Argumente so zu erarbeiten und sich mit diesen auseinandersetzen kann Inhalt jedes Unterrichtsfaches sein. Den Naturwissenschaften kann hier eine besondere Rolle zukommen, wenn es um die ethischen Aspekte von Entdeckungen und neuen Theorien geht, die Gesellschaft fundamental verändert haben. Ebenso können **Logik-Unterrichtsinhalte** in die Fächer Mathematik sowie Ethik/ Philosophie bzw. Religion einfließen und die **Rolle von Sprache** im Deutsch-Unterricht an Bedeutung gewinnen.

Weil wir uns der Konkurrenz mit anderen Fächern im Klaren sind, wollen wir neben dem Fach Gemeinschaftskunde mit **innovativen kontinuierlichen Projekten die praktische Vermittlung demokratischer Werte und Handlungsweisen in der Schule** verbessern:

- **Jede Schule bekommt im Jahr bis zu 2.500 Euro als Schüler-Budget** für einen „**Projektfonds**“, über dessen Verwendung die Schülerinnen und Schüler in einem demokratischen Prozess selbst entscheiden müssen, um den Betrag ausgezahlt zu bekommen. Dies muss pädagogisch begleitet werden. Dazu wollen wir auch Angebote außerschulischer Träger politischer Bildung einbinden und fördern.

- Wir fordern die **Senkung des Wahlalters auf 16 Jahren für Kommunal- und Landtagswahlen**. Alle Studien zeigen, dass sich die **Wahrscheinlichkeit zur Wahlteilnahme enorm erhöht**, wenn junge Erwachsene bei ihrer „ersten“ Wahl wählen gehen. Tun sie das nicht, werden sie mit höherer Wahrscheinlichkeit zu Nicht-Wählern. Durch die Senkung des Wahlalters auf 16 kann an den Schulen **diese erste Wahl in allen Schularten aufbereitet und vorbereitet werden**. Die Senkung des Wahlalters auf 16 ergibt daher einen Mehrwert und nachhaltigen Effekt für die Beteiligung an der Demokratie.
- Wir brauchen weniger Vorträge und Faktenvermittlung in der politischen Bildung und **mehr Formate und Übungen, die Konfliktvermittlungs-, Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse erfahrbar machen**. Jede Schülerin und jeder Schüler sollte **im Schulleben an einem Planspiel zu demokratischen Prozessen teilgenommen haben**.
- Jede Schule erhält ein **schülerzahlbezogenes Sachkostenbudget**, mit welchem Projekte und Projekttage durch externe Partner finanziert werden können.
- Das Kultusministerium richtet ein Netzwerk „Bildungspartner“ ein, in welchem beispielsweise die Verbraucherzentrale, Gedenkstätten, medienpädagogische Initiativen, zivilgesellschaftliche Demokratieprojekte und Netzwerke, die Landeszentrale für politische Bildung, theaterpädagogische Projekte oder Jugendhilfepartner mitarbeiten.
- Wir brauchen mehr Beteiligung an den Schulen und ihren Strukturen. Schülermitwirkung ist einerseits als gelebte Demokratieerziehung zu verstehen, andererseits sollen die Strukturen der Schülervertretung, ihre Rechte und Pflichten verpflichtender Unterrichts Inhalt werden. **Die Schülermitwirkung müssen wir stärken**. Hierzu ist die Schülermitwirkungsverordnung (SMVO) im partnerschaftlichen Dialog mit dem Landesschülerrat zu überarbeiten, aber auch das zur Verfügung stehende Budget zu erhöhen sowie eigenverantwortlicher zu bewirtschaften. Mit dem neuen Schulgesetz wurden auch weitere Beteiligungsformate wie eine Direktwahl des Schülersprechers oder die Etablierung eines Klassenrates insbesondere in der Grundschule ermöglicht. Diese gilt es in der neu zu fassenden SMVO zu berücksichtigen. Zudem fordern wir eine Schülermitwirkungsstunde pro Woche, damit auch Zeit für ein solches Engagement möglich wird.

## 2. MEDIENBILDUNG IN DER POLITISCHEN BILDUNG STÄRKEN

- In der Folge muss auch die Medienbildung im Rahmen der politischen Bildung ausgebaut werden. Es geht um die **Fähigkeit, Medienangebote zwischen seriös und unseriös zu unterscheiden, Phänomene wie „Echokammern“ und „Filterblasen“ zu erkennen, die positiven wie negativen Mechanismen der Mediengesellschaft zu verstehen** sowie das (kritische) Zusammenspiel von Presse, Politik und Mediennutzern erklären zu können. Schließlich müssen die Funktionsweise sowie die Unterschiede von Propaganda, politischer Kommunikation und Umgang mit der Pressefreiheit in Demokratien einerseits und Autokratien andererseits Thema werden.
- Diese Fragestellungen müssen sich in die sächsische Strategie zur Umsetzung der KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ einbetten. Ausgehend von dem bis Juli 2017 vorzulegenden Medienbildungskonzept des Kultusministeriums sind dann Lehrpläne und Stundentafeln anzupassen.
- Auf dem landesweiten Konzept zur Förderung der Medienpädagogik aufbauend wird es ab 2018 eine Informations- und Koordinierungsstelle geben. Dafür hat die Koalition 75.000 Euro im Doppelhaushalt 2017/18 bereitgestellt.
- Wir wollen **„Schüler lesen Zeitung“-Projekte stärken und fördern**, ggf. mit digitalen Schüler-zeitungs-Abos, und hierzu mit Medien-Partnern ins Gespräch kommen.
- Der Umgang mit sozialen Medien, wie Facebook oder WhatsApp, deren Risiken, Beschränkungen, aber auch die kommerzielle Verwertung der dort geteilten Daten sollte in Aufklärungsprojekten – wie bereits von sächsischen Verbraucherzentralen und Volkshochschulen angeboten – als auch Inhalt von Lehrerfortbildungen sein.

### 3. REFORM DER AUS- UND FORTBILDUNG VON PÄDAGOGINNEN UND PÄDAGOGEN

- Um all diese Ziele zu erreichen, müssen **Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher überarbeitet werden.**
- Wir wollen, dass ein Modul zur **politischen Bildung als verpflichtender Bestandteil des Lehramtsstudiums in allen Schularten eingeführt wird.** Dazu sind die entsprechenden Ressourcen an allen lehrerbildenden Hochschulen in Sachsen sicherzustellen. Wir fordern die Etablierung einer Professur für politische Bildung an der Universität Leipzig sowie die Einrichtung einer Professur zur politischen Erwachsenenbildung.
- **In der Lehrerweiterbildung müssen funktionierende und innovative Lösungen gefunden werden.** Wir unterstützen den Weg die Vorbereitungswoche sowie die unterrichtsfreien Tage an den Schulen für Weiterbildungs-Module insbesondere der schulinternen Lehrerfortbildung (SCHILF) zu nutzen, gerade wenn demokratische Schulkultur eine Aufgabe für alle sein soll. Hierbei das SCHILF-Angebot attraktiv zu gestalten und weiterzuentwickeln ist beständige Aufgabe der Schulentwicklung. Schulen soll es künftig noch besser möglich sein, schulinterne Block-Fortbildungen für die Lehrerinnen und Lehrer zu veranstalten, dafür wird das Sachkosten-Budget erhöht.
- Ferner scheint die derzeitige **Weiterbildung von Seiteneinsteigern eine Chance zu sein, einige Demokratie-Kompetenz-Module einzubauen.**
- Angehende Lehrerinnen und Lehrer der Fächer Gemeinschaftskunde bzw. Geschichte müssen ein **sechswöchiges Pflichtpraktikum im gesellschaftspolitischen Bereich** (politische und öffentliche Institutionen wie Parlamente, Kommunalverwaltungen, Parteien, Regierung, in zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gedenkstätten, Museen, in Stiftungen sowie Institutionen der politischen Bildung etc.) vor oder während des Studiums absolvieren, um eine Zulassung zur Staatsexamensprüfung zu erhalten.
- Für (angehende) **Schulleiterinnen und Schulleiter** müssen verpflichtende Weiterbildungsangebote zum Thema „Demokratische Schulkultur - Eine Aufgabe für alle“ eingeführt werden.

- Es braucht zudem **mehr Wertschätzung und mehr Anerkennung für** die teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrer bei **Fortbildungen**. Die mit dem Schulgesetz neu eingeräumte Möglichkeit zum Erlass einer Fortbildungsverordnung soll durch das Kultusministerium zeitnah genutzt werden. So erhält jede Lehrerin und jeder Lehrer ein Anrecht auf Fortbildung, womit deutlich wird, dass sie zum Arbeitsalltag gehört und hierfür auch Zeitkontingente vorgehalten werden müssen.
- Ferner fordern wir neue Formate zur **Lehrerweiterbildung jenseits der Kultusverwaltung**. Wir fordern einen vereinfachten Zugang von Lehrerinnen und Lehrern zu Lehrangeboten an den sächsischen Hochschulen sowie ein alltagsnahes System mit dem die entsprechenden Veranstaltungen als Fortbildungen ausgewiesen und zertifiziert werden können. Hier muss die **regionale Kooperation** gestärkt werden.
- Genauso muss die Ausbildung von Demokratiekompetenz in die **Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern** verpflichtend einfließen. Auch hier müssen mehr verpflichtende, kreative Aus- und Fortbildungsmodule angeboten werden.

#### 4. BETEILIGUNGSRECHTE STÄRKEN

Neben politischer Bildung ist die praktische Erfahrung von Beteiligung von zentraler Bedeutung. Wir wollen daher **Beteiligungsrechte** stärken. Diese brauchen Zeit und Raum, aber demokratische Prozesse brauchen eben auch Zeit und Raum. Sie zeigen, dass Demokratie auch immer wieder ein Kampf um Rechte, Teilhabe und Mehrheiten ist.

- Wir wollen **Jugendparlamente und andere kommunale Beteiligungsmöglichkeiten** junger Menschen als Ort der Partizipation stärken. Dazu ändern wir die Gemeindeordnung und machen **Kinder- und Jugendbeteiligung zu einer Soll-Bestimmung**. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen dieses Recht im Interesse der Kinder und Jugendlichen auszuüben.
- Auch nach der Schule muss Beteiligung in den Institutionen der dualen und akademischen Bildung möglich sein. Der betrieblichen Mitbestimmung kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Daher wollen wir Projekte zur **Sensibilisierung für die Arbeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung** weiter fördern und die Erwachsenenbildung dahingehend anpassen.

- Die Bereitschaft zur Gründung von Betriebsräten nimmt zu. Gleichzeitig gibt es teilweise massive Gegenwehr von Seiten mancher Unternehmensleitung. Eine solche systematische **Behinderung von Betriebsratswahlen** und der Arbeit von Betriebsräten ist illegal und demokratiefeindlich und muss als Offizialdelikt **konsequent verfolgt werden**. Durch die Bildung von entsprechenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften wird die Wirksamkeit der Strafverfolgung erhöht. Der besondere Kündigungsschutz für die Initiatoren einer Betriebsratswahl muss verbessert werden.
- Weil Weiterbildung und betriebliche Qualifizierung an Bedeutung zunehmen, brauchen **Betriebsräte** mehr Mitwirkungsrechte – etwa durch Ausbau des bestehenden Vorschlags- und Beratungsrechts zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung und durch ein **generelles Initiativrecht auf die Einführung betrieblicher Berufsbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen**.
- An den Hochschulen erachten wir die **Wiederherstellung der Verfassten Studierendenschaft** als unerlässlich; die entsprechende Austrittsoption im Hochschulgesetz soll gestrichen werden.
- Im wissenschaftlichen Mittelbau der Hochschulen gibt es bis heute kaum funktionierende Strukturen der Vernetzung und Mitbestimmung. Dies ist auch eine Folge der umgreifenden Kurzzeit-Befristungen in den Hochschulen und dem daraus de facto entstehenden Ausschluss von Personalratswahlen bzw. der mangelnden Vertretung in den Gremien. Wir setzen uns daher für eine **Verkürzung der Amtszeiten des akademischen Mittelbaus** in den Gremien ein, **um aktive Teilhabe zu ermöglichen**. Außerdem unterstützen wir die Arbeit der Doktorandenvertretungen.

## 5. POLITISCHE BILDUNG IN ALLE GESELLSCHAFTLICHE BEREICHE TRAGEN

Politische Bildung muss insgesamt eine größere Rolle und mehr Wertschätzung in der Gesellschaft bekommen. Die Formate müssen sich explizit auch an Personengruppen richten, die weniger oder kaum Erfahrung mit Formaten politischer Bildung haben.

- Um den Anforderungen der modernen Arbeitswelt und einer demokratischen Gesellschaft gerecht zu werden, brauchen wir in Sachsen eine neue Kultur der Weiterbildung. Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind angesichts des



raschen Wandels von Arbeitswelt und Gesellschaft unverzichtbare Säulen der heutigen Wissensgesellschaft und der Demokratie. Deshalb wollen wir die allgemeine und berufliche Weiterbildung im Freistaat Sachsen stärken, um die Menschen auf ihrem Lebensweg zu unterstützen. Wir brauchen ein **Recht auf Weiterbildung**. Deshalb braucht Sachsen ein **Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz** mit einem verbindlichen Anspruch auf mindestens fünf bezahlte Weiterbildungstage im Jahr.

- Politische Bildung muss mehr zu den Menschen kommen. Dazu müssen attraktive Infotainment-Programme entwickelt werden, die durch Kunst und Künstler, spielerische Formate, etc. ergänzt werden. Die Botschaft solcher Formate darf kein Schwarz-Weiß-Denken bedienen. Bürgerinnen und Bürger sollen zum Nachdenken angeregt werden.
- Politische Bildung muss **stärker im Alltag und der Lebenswirklichkeit der Menschen ansetzen**. Politische Bildung darf nicht nur eine elitäre Veranstaltung für Akademikerinnen und Akademiker sein. Hierzu müssen entsprechende neue Formate entwickelt werden, die auch finanzielle Zuwendungen abseits klassischer Gruppenarbeit erhalten. Die Förder- und Evaluationskriterien müssen hierfür angepasst werden ist.
- Die im Rahmen der Fachkräfteallianz beschlossene politische Bildung in arbeitsweltbezogenen Programmen begrüßen wir und bestärken die Partner, diese auch umzusetzen.
- Wir wollen die **Transformationsphase von Ostdeutschland auf die Tagesordnung setzen**. Vieles in Ostdeutschland ist seit dem Mauerfall gut gelaufen, vieles ist aber auch nicht in Ordnung. **Im Geschichtsunterricht fällt die Zeit bislang oft unter den Tisch**. Dies sollte sich ändern. Im Deutschunterricht, insbesondere der Oberschule, sollte das Thema verstärkt eine Rolle spielen. Wir fordern in diesem Rahmen die **Einrichtung eines Generationendialog-Projekts an Schulen über 300.000 Euro**. In solche Generationenprojekte können Eltern und Großeltern mit eingebunden werden. Die Umsetzung kann zusammen mit außerschulischen Bildungsträgern stattfinden.
- Wir wollen die Arbeit der **Landeszentrale für politische Bildung** weiterentwickeln. Durch bessere Kooperationsmöglichkeiten soll ihre Arbeit stärker am Lebensalltag der Menschen ausgerichtet und damit neue

Zielgruppen erschlossen werden. Ihre Angebote sollen noch stärker in Fläche des Freistaats wirken.

- Es braucht zudem **mehr Räume der politischen Bildung und des gesellschaftlichen Dialogs**. Die **Entpolitisierung von Räumen in öffentlichen Institutionen** erschwert politische Bildung. Diese Entwicklung muss **rückgängig gemacht werden**.
- Dergleichen soll der **Landtag noch stärker als bisher zu einem Zentrum der politischen Bildung werden** und seine schon vorhandenen Angebote der politischen Bildung ausbauen. Die Landtagsverwaltung soll in Zusammenarbeit mit der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten sowie anderen Trägern der politischen Bildung ein Konzept erarbeiten, um diesem Ziel näher zu kommen. Inhaltlich können regelmäßiger als bisher Planspiele, aber auch digitale Formate der politischen Bildung etwa zum Verständnis demokratischer Entscheidungsfindung sowie andere innovative Methoden im Mittelpunkt stehen. Künftige Besucherpräsentationen müssen alters- und themenspezifisch ausgerichtet werden. Zudem sind entsprechende Materialien zur Vor- und Nachbereitung zur Verfügung zu stellen. In den Foyers des Landtages sollte stärker visuell und konzeptionell die herausragende demokratische Tradition in der Geschichte Sachsens erlebbar gemacht werden, aber auch auf antidemokratische Strömungen hingewiesen werden.
- Der Freistaat Sachsen verfügt aufgrund seiner wechselvollen Geschichte über eine reiche Landschaft an **Gedenkstätten und Erinnerungsorten**, die die in sehr guter Arbeit von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betrieben werden. Ziel muss es sein, mehr Schülerinnen und Schülern den Besuch von Gedenkstätten, vor allem den weniger zentral gelegenen, zu ermöglichen. Das eigene Erschließen von Zusammenhängen und kritische Hinterfragen sollte dabei im Vordergrund stehen. In Gesprächen mit Zeitzeugen und bei Projektarbeiten sollen junge Menschen befähigt werden, die Funktionsmechanismen von Diktaturen zu erfassen und sensibel auf Bedrohungen der demokratischen Kultur zu reagieren.

## 6. STÄRKUNG DER AUSSERSCHULISCHEN BILDUNGSTRÄGER

- Außerschulische Bildungsträger sind kein Ersatz für fehlende politische Bildung in den Regelstrukturen, weil die Teilnahme dort meist allein auf Freiwilligkeit beruht. **Sie sind aber ein zentraler Partner für Schulen und andere Institutionen in Sachsen und müssen dies bleiben.** Sie sind häufig die **Innovationsträger der politischen Bildung.** Die Zusammenarbeit muss intensiviert werden, gerade wenn kurzfristig Ressourcen an Schulen fehlen. Sie spielen auch eine wichtige Rolle für die Demokratiebildung in der Verwaltung oder der Polizei.
- Dazu brauchen die Träger eine auskömmliche finanzielle Ausstattung. Das Ausdünnen der Strukturen im ländlichen Raum darf es nicht geben. Deswegen war es ein wichtiger Schritt, dass wir als Koalition eine Million Euro mehr für Weiterbildung, insbesondere in der Erwachsenenbildung an unseren Volkshochschulen, zur Verfügung stellen. Um das Engagement langfristig zu sichern sowie weiterhin Expertinnen und Experten in allen sächsischen Regionen zu gewinnen, **sollen die Mittel für Erwachsenenbildung auf 10 Millionen Euro aufgestockt werden.** Zugleich stellt das Land zur Förderung der Demokratie in Sachsen jährlich rund **4,1 Millionen Euro für das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“** zur Verfügung. Hinzu kommen die Mittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“, die in enger Verzahnung mit dem „Weltoffenen Sachsen“ vor allem für Beratungen zur Verfügung stehen.

## 7. POLITISCHE BILDUNG VON VERWALTUNG

- Die **Demokratiebildung sowie die Weiterbildung über Bürgerbeteiligung in der Verwaltung** muss ausgebaut werden. Zum einen an Verwaltungshochschulen. Zum anderen muss innerhalb der Strukturen Weiterbildung betrieben („Training on the Job“) werden. Hier müssen **konkrete Projekte mit dem sächsischen Städte- und Gemeindetag geplant und über die Fortbildungsakademie der Sächsischen Verwaltung umgesetzt** werden.
- Durch die Politik der Koalition aus SPD und CDU wird **künftig Demokratiebildung und Berufsethos wieder eine größere Rolle in der**

**Polizeiausbildung** spielen. Es wird eine eigene Professur für gesellschaftspolitische Bildung an der Polizeihochschule Rothenburg geschaffen. Die Themen interkulturelle Kompetenz und Inklusion, die Prävention gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der Umgang mit Extremismus werden stärker in die Fortbildung einbezogen.

## 8. POLITISCHE BILDUNG FÜR GEFLÜCHTETE

- Fast alle Menschen, die nach Deutschland fliehen, kommen aus autoritären Diktaturen, in denen Demokratinnen und Demokraten verfolgt, Menschenrechte missachtet und Rechtsstaatlichkeit unmöglich gemacht werden. Viele Geflüchtete sind gerade deshalb sensibel für Menschenrechtsverletzungen. Gleichzeitig sind viele bewusst oder unbewusst auch von solchen Denkweisen geprägt worden. In diesen Fällen reicht es nicht, dass übersetzte Grundgesetz zu verteilen oder allgemeine Informationen zu unserer Gesellschaftsordnung zu vermitteln. Integrationskurse legen einen wichtigen Grundstein, doch politische Bildung reicht weiter. **Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Idee einer Bürgergesellschaft müssen erlernt, Toleranz und Kritikfähigkeit müssen vermittelt und gestärkt werden.**
- Politische Bildung hilft nicht nur bei der Integration in Deutschland. Wenn Geflüchtete wieder in ihre Heimatländer zurückkehren, nehmen sie dieses Wissen über demokratische Werte, Prozesse und Institutionen mit und können es vor Ort einsetzen.
- Daher sollten wir die **Selbstorganisation von Geflüchteten stärken** und diese mit Demokratiekursen unterstützen. Darüber hinaus sollten bereits die Integrationskurse stärker für politische Bildung genutzt werden, die sich nicht auf Institutionen- und Faktenvermittlung reduziert.

## 9. WEITERE FORSCHUNG

- Die Ergebnisse des ersten Sachsen-Monitors ergaben dramatische Zustimmungen zu Ressentiments gegen soziale Gruppen unter jungen Erwachsenen. Zwar ist die junge Generation gespalten – in keiner Gruppe wurden menschenfeindliche Aussagen „voll“ und nicht nur „eher“ abgelehnt. Gleichwohl zeigt ein Drittel dieser Generation besonders rechtsradikale Einstellungen auf. Das Ergebnis unterscheidet sich signifikant von anderen Bundesländern.

- Wir brauchen daher mehr Forschung zu diesem Thema. Wir werden wie im Koalitionsvertrag festgelegt den **Sachsen-Monitor weiter erheben**, auch um die Ergebnisse des ersten Monitors zu verifizieren. Es braucht **zusätzliche qualitative Forschung**, um die Ursachen für diese Ergebnisse besser zu verstehen.
- Sächsische Hochschulen haben Kompetenzen in der politischen, soziologischen, kulturellen und Medien-Forschung und pflegen entsprechende Forschungsnetzwerke. Zur Wahrheit gehört aber auch: In der weitgehend drittmittelgetriebenen Forschungsförderung spielen diese Fachrichtungen eine untergeordnete Rolle; hier bildet die Landesforschungsförderung keine Ausnahme. Daher gilt es die **geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Forschungsförderung zu stärken**.
- Um den Transfer von Forschung zu Lehre zu realisieren sowie künftige Akademikerinnen und Akademiker als Experten mit einem demokratischen Grundverständnis und Wertegerüst auszubilden, bedarf es für diese Themenbereiche grundständiger Professuren. In Anbetracht der laufenden Profilbildungsprozesse sowie dem Stellenabbau in der letzten Legislatur müssen hier Schwerpunkte, insbesondere an der **Schnittstelle zur Lehrerbildung**, definiert werden. Um diese Bildungsarbeit zu stärken, sind **neue grundfinanzierte Stellen** unerlässlich.